

1710/FB2/026/2014

"DIE LINKE"

Fraktion im Rat der Stadt Wassenberg
Fraktionssprecher Dr. Wolfgang Feix
Stellv. Fraktionssprecherin Christa Frohn

Bürgermeister der Stadt Wassenberg
Herrn Manfred Winkens
Roermonder Str. 25 -27
41849 Wassenberg



Kopie BM
erl. 10.10.2014

Wassenberg, den 10. 10 2014

**Antrag zur Aufnahme in die Tagesordnung der Ratssitzung am
06.11.2014**

Resolution über:

TTIP (Transatlantic Trade and Investment Partnership) - EU / USA
CETA (Comprehensive Economic and Trade Agreement) -EU / Kanada
TISA (Trades in Services Agreement) - multilaterales Dienstleistungsabkommen

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

mit großer Wahrscheinlichkeit soll bis Ende 2014/Anfang 2015 der Bundestag und der Bundesrat über die Zustimmung zu den vorgenannten Verträgen entscheiden. Nach Expertenauffassung, die in verschiedenen Studien zur Thematik zusammengefasst ist, haben die Abkommen eine Menge negativer Folgen für die Kommunen. Viele Städte, Kreise und auch Länder haben deshalb in Bezug auf die Kommunen ihre Sorgen und Bedenken ausgedrückt und sind gegen diese Situation aktiv geworden. In seiner Stellungnahme zum TTIP vom November 2013 bringt der Bayrische Städtetag seine Sorge zum Ausdruck, dass mit dem TTIP der Privatisierungsdruck auf Städte und Gemeinden zunehmen wird. So könnte die Privatisierung der Wasserversorgung, um die es in der Vergangenheit in der Bundesrepublik eine breit geführte öffentliche Debatte gegeben hat und die von der Bevölkerung abgelehnt wird, durch die Hintertür erzwungen werden.

Der Rat der Stadt Wassenberg möge deshalb beschließen:

Angesichts der zu erwartenden negativen Auswirkungen auf die kommunale Daseinsvorsorge durch das derzeit weitgehend unter Ausschluss der Öffentlichkeit verhandelte Handels- und Investitionsabkommen zwischen EU und USA (TTIP), den bekannt gewordenen Inhalten des geplanten Handelsabkommen mit KANADA (CETA) sowie angesichts der laufenden Verhandlungen zu einem plurilateralen Abkommen zum "Handel mit Dienstleistungen" TISA bittet der Rat der Stadt WASENBERG den Deutschen Städtetag darum, Folgendes bei der EU-Kommission und der Bundesregierung einzufordern:

- mindestens eine Vertreterin oder ein Vertreter für die deutschen Kommunen nimmt ab sofort an den Verhandlungen teil und informiert die kommunalen MandatsträgerInnen in Deutschland über alle ihren Zuständigkeitsbereich betreffenden Inhalte der Verhandlungen;

- Bevor die Verträge verabschiedet werden, werden die ausgehandelten Vertragstexte den Interessenverbänden der Kommunen und kommunalen Mandatsträgerinnen in Deutschland zur Kommentierung vorgelegt;
- Für diese Prüfung ist ein ausreichender Zeitraum vorzusehen;
- Die Interessenverbände der deutschen Kommunen bekommen vor der Abstimmung über diese Abkommen die Möglichkeit zur Stellungnahme und Diskussion vor dem EU-Parlament beziehungsweise dem Deutschen Bundestag und Bundesrat;
- Bei den Verhandlungen zum Freihandelsabkommen TTIP ist dafür Sorge zu tragen, dass bestehende Umwelt-, Gesundheits- und Sozialstandards künftig nicht als "Investitionshemmnisse" von einem Schiedsgericht ausgehebelt werden können;
- Der Bereich der öffentlichen Daseinsvorsorge unter Einschluss der öffentlichen Dienstleistungen (zum Beispiel Wasserversorgung und Abfallentsorgung) wird vom Geltungsbereich des Freihandelsabkommens ausgeschlossen, indem im Abkommen in einer Positivliste jene Bereiche aufgelistet werden, die vom Abkommen erfasst sein sollen.

Begründung:

Die folgende Begründung basiert auszugsweise auf dem Beschluss des Hauptausschusses des Deutschen Städtetages vom 12. Februar 2014 in München:

Die Europäische Union und die USA haben am 13. Februar 2013 beschlossen, Verhandlungen über eine transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft -TTIP- aufzunehmen, mit dem Ziel die transatlantischen Wirtschaftsbeziehungen durch dieses Abkommen zu vertiefen.

Grundlage dieser Verhandlungen ist ein vom Rat der Europäischen Union erteiltes Mandat, welches jedoch offiziell nicht veröffentlicht wurde. Nach Abschluss der Verhandlungen müssen das Europäische Parlament und der Rat dem Vertragstext des Abkommens im Ganzen zustimmen oder ihn ablehnen. Nach seiner Ratifizierung wird das Freihandelsabkommen für die Mitgliedstaaten bindend. Damit wird es Anwendungsvorrang vor dem europäischen Sekundärrecht, wie beispielweise Verordnungen und Richtlinien, sowie nationalen Recht haben.

Dieses rechtliche Gewicht des Abkommens verstärkt seine mögliche Bedeutung für die kommunale Daseinsvorsorge.

Die EU- Kommission verhandelt zwar das vom Parlament ratifizierte Mandat, der genaue Wortlaut dessen und aller weiteren Verhandlungsdokumente- und damit auch detaillierte Informationen über mögliche Ausnahmen im Bereich der Daseinsvorsorge- sind der Öffentlichkeit jedoch nicht zugänglich. Je nach Ausgestaltung und Wortlaut des Abkommens, könnten Teile der kommunalen Daseinsvorsorge unter den Anwendungsbereich der Handels- und Investitionspartnerschaft fallen. Auch wenn TTIP nicht die Organisationsformen und -aufgaben der öffentlichen Verwaltung regelt, können sich die Inhalte des Abkommens indirekt auf die kommunale Organisationsfreiheit auswirken.

Daher ist es wichtig, sicherzustellen, dass die Bereiche der kommunalen Daseinsvorsorge prinzipiell nicht von einer transatlantischen Handels- und Investitionspartnerschaft erfasst sind. Insbesondere darf eine Rekommunalisierung von Aufgaben nicht ausgeschlossen werden. Dies gilt ebenso für das seit Juni 2013 von der EU-Kommission verhandelte "Abkommen zum Handel mit Dienstleistungen" (Trade in Services Agreement - TISA), welches nationale Dienstleistungsmärkte öffnen soll. Die Gefährdung der Daseinsvorsorge besteht bei neuen Handelsabkommen im Allgemeinen darin, dass sie über das geltende Recht der Welthandelsorganisation, also dem "Allgemeinen Abkommen über den Handel mit Dienstleistungen" (General Agreement on Trade in Services, GATS) hinausgehen. Es besteht die Befürchtung, dass Investitionsschutzklauseln, wie sie auch im TTIP enthalten sein dürften, mittelbare Auswirkungen auf die Gestaltungsfreiheit der Kommunen bei der Organisation ihrer Aufgaben haben könnten. Unternehmen wäre es im Rahmen einer Investitionsschutzklausel erlaubt, Staaten vor nicht öffentlichen, demokratisch nicht kontrollierten Schiedsgerichten auf entgangene Gewinne zu verklagen.

Die Erbringung zahlreicher Aufgaben der Daseinsvorsorge durch kommunale und öffentliche Einrichtungen hat in unserer Gesellschaft eine lange Tradition und hat sich bewährt. Die Bürgerinnen und Bürger vertrauen darauf, dass die Steuerung und Kontrolle der Leistungen der Daseinsvorsorge durch demokratisch legitimierte kommunale Vertretungskörperschaften erfolgt. Damit stellt die kommunale Daseinsvorsorge ein wichtiges Element eines bürgernahen Europas dar, dem die EU und die Mitgliedstaaten gleichfalls verpflichtet sind.

Die öffentliche Daseinsvorsorge darf daher insbesondere in den Bereichen, in denen sie wichtige Aufgaben in nicht-liberalisierten Märkten wahrnimmt, keinesfalls einer Liberalisierung unterworfen werden. Darunter fällt insbesondere die Wahrnehmung der Aufgaben in der Wasserver- und Abwasserentsorgung.

Demnach ist die Bundesregierung aufgefordert, sich in enger Abstimmung mit den kommunalen Spitzenverbänden gegenüber der EU-Kommission für die Belange der Kommunen einzusetzen und darauf hinzuwirken, dass diese beim Abschluss eines Handelsabkommens zwischen EU und USA- und allen weiteren Handelsabkommen berücksichtigt werden. Die Organisationsfreiheit der Kommunen im Bereich der Daseinsvorsorge sowie das Recht, die Art und Weise der lokalen Daseinsvorsorge zu gestalten, dürfen nicht angetastet werden.

Wir bitten um Kenntnisnahme und Veranlassung.

Mit freundlichen Grüßen


Wolfgang Feix